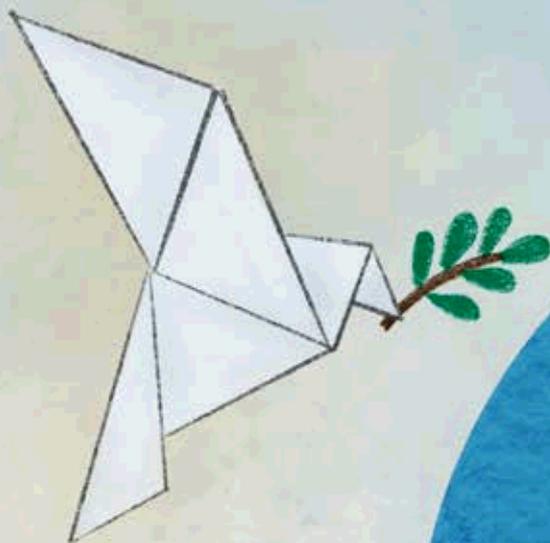


Ausgabe 13

# BDKJ.konkret

Das Magazin vom Bund der Deutschen Katholischen Jugend.



## FRIEDEN FINDEN

Warum Christ\*innen Positionen immer wieder neu überdenken müssen

**BDKJ**

Bund der Deutschen  
Katholischen Jugend



## Impressum

**HERAUSGEBER** BDKJ-Bundesvorstand, Postfach 32 05 20, 40420 Düsseldorf | **ANSCHRIFT** BDKJ-Bundesstelle, Redaktion **BDKJ.konkret**, Carl-Mosterts-Platz 1, 40477 Düsseldorf, Tel.: 02 11 . 46 93-154, Mail: [redaktion@bdkj.de](mailto:redaktion@bdkj.de), Web: [www.bdkj.de/konkret](http://www.bdkj.de/konkret)

**REDAKTION** Andreas Kraft (verantwortlich), Mareike Thieben, Stefan Dengel, Daniela Hottenbacher | **LEKTORAT & KORREKTORAT** Helga Antkowiak

**TITELBILD** Daniela Rusch | **FOTOS** 03, 20 – Alexander von Stetten; 04 – ArtistGNDphotography (Istock); 05 – Mike Nonnenbroich/BDKJ; 06 – Angelina Bambina (shutterstock); 07 – privat; 08/09 – wenjin chen (Istock); 10/11 – bgblue (Istock); 12 – D. Rusch; 13 – pax christi; 14 – Diy13 (Istock); 15 – GKS; 16 – falco-hildesheim; 17 – BDKJ; 18 – RadekProcyk (Istock), THEPALMER (Istock); 19 – Sviatlana Lazarenka (Istock), Claudiovidri (Istock), Fotohandwerk.de/KFD; 20 – D. Rusch; 21 – D. Rusch (nach einem Bild von xThomasxImo); 22 – Dmytro Falkowskyi (shutterstock), Aktion West-Ost; 23 – Justin McIntosh, Timothy Hale; 24 – Kindermissionswerk, Die Sternsinger | **ICONS** nounproject | **GRAFIK & LAYOUT** Daniela Rusch/DIE.PROJEKTOREN | **DRUCK** Druckerei Lokay e. K., [www.lokay.de](http://www.lokay.de); gedruckt mit Farben auf Pflanzenölbasis auf 100 % Recyclingpapier, zertifiziert mit dem Blauen Engel.

**AUSGABE** 13 (2022) | **AUFLAGE** 1.000 Stück

Beiträge mit Namen oder Quellenangabe geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder.



Gefördert vom:



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

# Inhalt

---

## Neue Fragen

Der BDKJ überprüft seine friedensethischen Positionen

---

04

## Im Namen des Völkerrechts

Warum eine christliche Friedensethik das Recht auf Selbstverteidigung braucht

---

06

## Eine Welt im Krieg

Ein Überblick über die größten gewaltsamen Konflikte derzeit

---

10

## Die Lage ist kompliziert

Warum es im Ukraine-Krieg keine einfachen Antworten geben kann

---

12

## Im Gespräch bleiben

Die Friedensverhandlungen müssen jetzt schon vorbereitet werden

---

14

## Die Frage des Friedens

Wie der BDKJ sich in der Vergangenheit positioniert hat

---

16

## Brauchen wir das?

Feministische Außenpolitik bringt neue Perspektiven für den Frieden

---

18

## Es braucht eine Welt

Weil wir den Klimawandel nur gemeinsam meistern können

---

20

## Wie man helfen kann

Friedensprojekte christlicher Träger setzen sich vor Ort ein

22

# Editorial

## Liebe Leser\*innen,

Krieg war für uns immer weit weg. Mit dem Einmarsch Russlands in der Ukraine verändert er plötzlich sogar unseren Alltag. Dabei fallen die Bomben nicht auf Berlin, aber auf Kiew. Was bedeutet der Krieg erst für die Menschen in der Ukraine? Der BDKJ muss angesichts dieser Weltlage seine bisherigen Beschlüsse kritisch überprüfen (Seite 4).

Der BDKJ setzt sich seit seiner Gründung mit dem Thema Frieden auseinander - von der Wiederbewaffnung bis zu den Nato-Doppelbeschlüssen (Seite 16). Das Recht auf Selbstverteidigung steht der Ukraine sicher zu - sowohl nach dem aktuellen Völkerrecht als auch nach einer christlichen Friedensethik (Seite 06).

Über viele Jahrhunderte haben wir internationale Konflikte vor allem aus einer männlichen Perspektive betrachtet und die Kriegshelden gefeiert. Mädchen und Frauen wurden dabei komplett vergessen. Es wird Zeit für eine neue Perspektive (Seite 18). Denn als internationale Gemeinschaft stellt uns der Klimawandel vor große Herausforderungen, die wir in den alten Denkmustern sicher nicht lösen können (Seite 20). Doch wir brauchen Antworten, um den Frieden wieder zu finden.



Andreas Kraft  
Redaktion



# Neue Fragen

Russlands Angriffskrieg wirft alte Gewissheiten über den Haufen. Auch der BDKJ überdenkt daher seine friedensethischen Positionen.

„Unfriede herrscht auf der Erde, Kriege und Streit bei den Völkern“ - wie oft haben wir dieses und andere Friedenslieder in Gottesdiensten, an Lagerfeuern, in der Gemeinschaft gerade mit Kindern und Jugendlichen gesungen. Wie oft haben wir uns den Frieden gewünscht, dafür gebetet und waren uns sicher, ihn auch bald erreichen zu können? Aber so nah, so drängend wie in diesen Tagen schien uns dieser Wunsch schon lange nicht mehr. Zumindest für uns in großen Teilen von Europa schien dieser Friede für lange Zeit eine Selbstverständlichkeit.

Eine Selbstverständlichkeit, bei der wir uns nicht hätten vorstellen können, einen mit Waffen geführten Krieg um Landesgrenzen, um Demokratie und die Souveränität eines Staates in Europa erleben zu müssen. Doch mit dem erneuten russischen Überfall auf die Ukraine hat sich diese Selbstverständlichkeit in Luft aufgelöst. Unsere Friedensordnung steht zur Debatte, unsere Sicherheit, elementarste Fragen von Gerechtigkeit und der Einhaltung der UN-Menschenrechtsnormen. Dass Menschen in Europa in einem Krieg für Freiheit und Demokratie kämpfen, dass Menschen in Europa vor Gewalt, Krieg und Verbrechen fliehen, dass wir als Christ\*innen darum ringen, ob eine Unterstützung der legitimen Verteidigung auch mit schweren Waffensystemen legitim sein kann.

In dieser für uns neuen, ungewohnten und schwer zu greifenden Situation müssen wir junge Christ\*innen eine Haltung finden, die wir vertreten können, die uns in unserem aktuellen Wissen mit Blick in die Zukunft am zielführendsten erscheint und für die wir uns einsetzen wollen. Dabei ist ein Blick in die friedensethischen Traditionen und An-

sätze der Kirche ein Teil des Weges - gerade für uns sind dies die Beschlüsse des BDKJ. Es geht nicht nur darum, diese angesichts der neuen Herausforderungen zu überprüfen - die Auseinandersetzung mit ihnen wird uns Hinweise zur Fortschreibung unserer Positionen bieten, genauso wie die Auseinandersetzung mit aktuellen friedensethischen Überlegungen. Hierbei soll jedoch nicht nur der Blick auf die aktuelle Situation in der Ukraine geworfen werden, sondern der Blick auf Konflikt- und Kriegsgebiete weltweit.

Im Bewusstsein, dass Frieden und Gerechtigkeit die Grundpfeiler aller Entwicklung im nationalen wie auch internationalen Bereich sind, hat sich der BDKJ diesen Fragen seit seiner Gründung immer wieder gestellt. In immer neuen Situationen und Herausforderungen - angefangen von der Frage legitimer Verteidigung in den 1950er-Jahren bis hin zur Forderung nach der Überwindung der Abschreckung mit Atomwaffen in den 1980ern. Oder von den ersten Ideen in den 1960er-Jahren, dass Gerechtigkeit immer Teil von Friedens- und Sicherheitskonzepten sein muss bis hin zu Konzepten zur Überwindung von Kriegsursachen wie Hunger, Waffeneporten oder Terrorismus in den 2000ern und zur Frage der Rolle der Vereinten Nationen nicht nur bei der Friedenssicherung, sondern auch bei der Friedensentwicklung.

Dieses BDKJ.konkret möchte einen ersten Überblick zu Fragen geben, denen wir uns stellen möchten und die uns auch künftig begleiten werden. Wir hoffen, euch damit gute Impulse für eure verbandsinternen Debatten zu bieten und freuen uns, die Fragen gemeinsam mit euch zu diskutieren und gemeinsam sprachfähig zu werden!



**DANIELA HOTTENBACHER**  
ist seit Mai 2021  
BDKJ-Bundesvorsitzende.

# Im Namen des Völkerrechts

Warum eine christliche Friedensethik  
das Recht auf Selbstverteidigung braucht



Am 24. Februar 2022 begann der völkerrechtswidrige Angriff der Russischen Föderation auf die Ukraine. Seit diesem Tag herrscht Krieg auf europäischem Boden. Die Folgen und Auswirkungen spüren auch die Menschen in Deutschland, Europa und im Rest der Welt. Denn obwohl Deutschland keine Kriegspartei ist, ist dieser Konflikt Teil unseres Lebens: An vielen Gebäuden wehen ukrainische Flaggen, zahllose ukrainische Kriegsflüchtlinge finden bei uns Schutz. Deutschland leistet der Ukraine humanitäre, wirtschaftliche und militärische Hilfe. Wir können jeden Tag Debatten darüber verfolgen, wie sich Deutschland in diesem Krieg verhalten sollte und nicht zuletzt spüren wir die Folgen des Krieges an den gestiegenen Kosten für Lebensmittel, vor allem aber für Gas und Strom.

Es heißt oft, dass die russische Invasion nicht allein ein Angriff auf die Ukraine sei, sondern auch ein direkter Angriff auf die internationale Friedensordnung und damit auch ein Angriff auf unser Verständnis von Souveränität, Demokratie, Freiheit, Teilhabe und Menschenrechten. Deswegen würden die Ukrainer\*innen nicht allein ihr Land und ihre Freiheit verteidigen, sondern auch unsere Freiheit und die internationale Ordnung. Dies sei letztlich auch der Grund, warum Deutschland oder der „Westen“ die Ukraine unterstützen müsse, damit Russland diesen Krieg nicht gewinnen wird. Das alles sind ohne Frage große Worte und viele vermuten dahinter Kriegstreiberei. Es lohnt sich deswegen, einmal genauer hinzuschauen, was sich hinter diesen Worten verbirgt: 1945 wurden die Vereinten Nationen (UNO) mit dem Ziel „den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren“ (Art. 1 der UN-Charta), gegründet. Außerdem begann in diesem Jahr die Epoche des modernen Völkerrechts, das als ein konkretes Instrument zur Durchsetzung des Friedens und Aufrechterhaltung der Friedensordnung angesehen werden kann.

Zentral für diese Friedensordnung ist Art. 2 Abs. 4 der UN-Charta:

„Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.“

Dieser Absatz legt das völkerrechtliche Gewaltverbot fest und schreibt vor, dass Gewalt - insbesondere militärische Gewalt - kein Mittel der internationalen Politik sein darf. Krieg ist seitdem international geächtet und die Staaten sind verpflichtet, Konflikte auf nicht-militärische Weise zu lösen.

Von diesem umfassenden Gewaltverbot kennt das Völkerrecht lediglich zwei Ausnahmen: Gewaltanwendung kann dann erlaubt sein, wenn sie erstens der kollektiven Sicherheit oder zweitens der individuellen oder gemeinschaftlichen Selbstverteidigung dient. Was das Völkerrecht hier regelt, sind im Übrigen auch genau die Antworten, die die christliche Friedensethik zur Frage der Gewalt gibt. Sie formuliert ein umfassendes Gewaltverbot, das zur Bearbeitung (internationaler) Konflikte den absoluten Vorrang gewaltfreier Mittel vorschreibt. Aber dieses Verbot gilt nicht in allen Fällen. So kann die Anwendung (militärischer) Gewalt im Falle der Selbstverteidigung oder zum Schutz wichtiger Rechte Dritter gerechtfertigt sein.

Das ist der Kern unserer Friedensordnung, die das Ergebnis eines gewaltigen Reflexionsprozesses auf die Kriege und Gewaltausbrüche der Vergangenheit darstellt. So weit wie in den beiden Weltkriegen des 20. Jahrhunderts sollte es nie wieder kommen. Konflikte dürfen nicht mittels Gewalt gelöst werden - wenn man hier überhaupt von einer Lösung sprechen kann.



#### MARKUS PATENGE

ist Referent für den Arbeitsbereich Frieden bei der Deutschen Kommission Justitia et Pax. Sie vernetzt Akteurinnen und Akteure der römisch-katholischen Kirche, die sich mit internationalen Fragen befassen, formuliert Positionen und vertritt sie gegenüber der Politik.

Oder um es markanter zu sagen: Seit 1945 soll die Stärke des Rechts herrschen und nicht mehr das Recht des Stärkeren. Wer dennoch zur Gewalt greift, torpediert bewusst diesen Grundkonsens und damit den Weg des Friedens. Zur Wahrheit gehört auch, dass weder diese internationale Ordnung noch die internationalen Institutionen perfekt funktionieren, aber würden wir diese Idee aufgeben, öffneten wir Willkür, Gewalt und Unterdrückung Tür und Tor.

Genau dies hat Russland mit dem Angriff nun getan. Das Putin-Regime hat mit dem Angriff auf die Ukraine das Gewaltverbot als Grundpfeiler der internationalen Ordnung ignoriert. Folgerichtig hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen am 2. März 2022 diesen Angriff mit großer Mehrheit verurteilt. Wegen dieses Angriffskrieges hat die Ukraine deswegen das Recht, ihr Territorium auch mit militärischen Mitteln zu verteidigen beziehungsweise zu befreien. Die russische Ignoranz des Völkerrechts, die Art der Kriegsführung, wie Angriffe auf zivile Infrastruktur oder Massaker an ukrainischen Zivilist\*innen, darf die Staatengemeinschaft nicht dulden, will sie nicht die Idee des modernen Völkerrechts aufgeben.

Aus diesen Gründen handelt es sich eben nicht um einen rein regionalen Konflikt. Vielmehr zeigt eine weltpolitische Großmacht was sie vom Völkerrecht hält - nämlich nichts oder zumindest nicht viel.

Dies darf uns nicht kalt lassen. Und vor allem sollte auch Deutschland - gemeinsam mit der Staatengemeinschaft - dafür Sorge tragen, dass Russland mit diesem Bruch des Völkerrechts keinen Erfolg hat. Dies geschieht über eine politische Isolierung Russlands, einer wirkmächtigen Sanktionspolitik und einer praktischen Solidarität mit der Ukraine, die auch Militärhilfe mit einschließt. Und genau in diesem Sinn haben sich im März 2022 auch die Deutsche Bischofskonferenz und die Deutsche Kommission Justitia et Pax öffentlich zu Wort gemeldet.

Aber, um es unmissverständlich zu sagen: Waffen schaffen keinen Frieden. Nachhaltiger Friede kann nur auf den Wegen des Rechts, des Gesprächs, der Begegnung und der Diplomatie errungen werden. Ein solcher Frieden setzt aber voraus, dass alle Beteiligten an einer solchen Konfliktbearbeitung interessiert sind.



Nach den jüngsten Beobachtungen hat es aber den Anschein, dass die russische Regierung sich nicht auf eine friedliche Lösung einlassen will. Vielmehr verfolgt sie weiter ihr Ziel, den ukrainischen Staat zu vernichten.

Die Sanktionen und die militärischen Hilfen sind nicht allein Zeichen der praktischen Solidarität mit der Ukraine, sie dienen auch der Verteidigung der internationa-

len Friedensordnung und als Druckmittel, um Russland an den Verhandlungstisch zu zwingen. Hoffen wir also, dass dadurch das ukrainische Land, die Menschen und deren Kultur verteidigt werden und erhalten bleiben, unsere Friedensordnung gestärkt wird und ein Raum für einen gerechten Frieden zwischen Russland und der Ukraine ermöglicht wird.



#### DIE POSITIONEN DER DBK UND JUSTITIA ET PAX

Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz vom 10 März 2022:

„Der Aggression widerstehen, den Frieden gewinnen, die Opfer unterstützen“

[https://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/diverse\\_downloads/presse\\_2022/2022-034a-Anlage1-FVV-Vierzehnheiligen-Pressbericht\\_Ukraine-Erklaerung.pdf](https://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/diverse_downloads/presse_2022/2022-034a-Anlage1-FVV-Vierzehnheiligen-Pressbericht_Ukraine-Erklaerung.pdf)



Erklärung der Deutschen Kommission Justitia et Pax zum Krieg gegen die Ukraine vom 26. März 2022:

<https://www.justitia-et-pax.de/jp/aktuelles/datta/2022-maerz-Justitia-et-Pax-Rusland-Ukraine-Erklaerung.pdf>

# Eine Welt im Krieg

*Auch wenn in Europa lange Frieden herrschte, sind weltweit mit Waffen ausgetragene Konflikte an der Tagesordnung - vor allem im globalen Süden. Zum Teil dauern sie seit Jahrzehnten an, allein in 2022 starben mehr als 100.000 Menschen im Krieg.*

## UKRAINE

**Beginn:** 2014

**Opfer:** mehr als 40.000 Menschen

Im Osten der Ukraine bringen 2014 pro-russische Separatisten Teile des Donbass unter ihre Kontrolle. Sie rufen die selbst ernannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk aus. Zahlreiche Kämpfer dort sind russische Staatsbürger. Berichten zufolge wird die Zivilbevölkerung unterdrückt. Die ukrainische Armee versucht, die Kontrolle über die Gebiete zurückzugewinnen.

Im Februar 2022 schaltet sich Russland aktiv in den Konflikt ein und überfällt mit seiner Armee das Nachbarland. USA und EU verhängen Wirtschaftssanktionen und liefern Waffen in das Konfliktgebiet. Russland stoppt im Lauf des Krieges Gaslieferungen an EU-Mitgliedsstaaten.

## ÄTHIOPIEN

**Beginn:** 2020

**Opfer:** mehr als 17.000 Menschen

2020 sagt Äthiopiens Präsident Abiy Ahmed die Parlamentswahlen aufgrund der Corona-Pandemie ab. Die Regionalregierung der Region Tigray im Norden des Landes lässt die Regionalwahlen dennoch abhalten. Ahmed erklärt die Wahl für illegal und setzt die Regionalregierung ab. Der Streit eskaliert und am 20. November beginnt die Zentralregierung eine Offensive. Tausende Menschen sind auf der Flucht, Kriegsverbrechen auf der Tagesordnung. Im Sommer 2022 kollabiert nach wenigen Monaten ein mühsam ausgehandelter Waffenstillstand.

## MEXIKO

**Beginn:** 2006

**Opfer:** mehr als 300.000 Menschen

Die Regierung bekämpft Rauschgiftkartelle, die ihr Geschäft verteidigen, das Land terrorisieren und sich gegenseitig bekriegen.

## Weitere Konflikte in:

Philippinen, Irak, Syrien, Nord-Pakistan, Libyen, Nigeria, Somalia, Südsudan, Sudan, Zentralafrikanische Republik, Mali, Ägypten, Türkei.

## AFGHANISTAN

**Beginn:** 1978

**Opfer:** mehr als 1,5 Millionen Menschen

Nach einem kommunistischen Staatsstreich gegen die wenige Jahre alte Republik kommt es im Land zu Unruhen. Die Sowjetunion marschiert ein, um die Situation zu beruhigen. Was aber nicht gelingt. Zahlreiche Gruppen kämpfen als Mudschahedin gegen die Besatzer. Sie werden dabei auch von den USA etwa mit Waffen unterstützt. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion entbrennt ein Bürgerkrieg. In der Region Kandahar bilden sich die Taliban, die 1996 die Hauptstadt Kabul einnehmen und damit auch die Kontrolle über den Staat übernehmen. Der Bürgerkrieg geht weiter. 2001 interveniert ein von den USA geführtes Bündnis aufgrund einer UN-Resolution, weil die Taliban sich weigert, nach den Anschlägen auf das World-Trade-Center in New York gegen al-Qaida vorzugehen. 20 Jahre lang sind NATO-Truppen in dem Land stationiert. Den Bürgerkrieg können sie allerdings nicht beenden. Nach dem Rückzug der Truppen übernimmt die Taliban innerhalb weniger Tage die Macht. Doch das Land kommt nicht zur Ruhe. Seit dem Frühjahr 2022 fordern Selbstmordattentate mehr als 4.000 Opfer - vor allem Zivilist\*inn.

## MYANMAR / BURMA

**Beginn:** 1948

**Opfer:** mehr als 160.000 Menschen

Seit der Unabhängigkeit 1948 kämpfen zahlreiche ethnische Gruppierungen um mehr Selbstbestimmung und Unabhängigkeit von der Zentralregierung. Nach einer Phase der Demokratie kam es im Februar 2021 wieder zu einem Militärputsch. Die Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi, zuletzt Regierungschefin und Außenministerin, steht seitdem wieder unter Hausarrest. Allein im Jahr 2022 wurden in dem Krieg mehr als 20.000 Menschen getötet.

## JEMEN

**Beginn:** 2011

**Opfer:** mehr als 370.000 Menschen

Al-Qaida, Huthi Rebellen und die Zentralregierung kämpfen um die Macht.



*Die Diskussion um Waffenlieferungen an die Ukraine stellte viele Gewissheiten in Fragen. Wir haben daher bei zwei christlichen Verbänden nachgefragt, welche Positionen sie vertreten.*

STANDPUNKT

## Die Lage ist kompliziert

*Warum es im Ukraine-Krieg keine einfachen Antworten geben kann*

**Wie stehen Sie zur Lieferung von Waffen und Rüstungsgütern in die Ukraine? Was spricht aus Ihrer Perspektive dafür oder dagegen?**

Ein klares Dafür oder Dagegen kann ich nicht liefern. So einfach ist es nicht. Dagegen spricht, dass Gewalt meist noch mehr Gewalt nach sich zieht. Dagegen spricht, dass wir die letzten Jahre zu wenig gewaltfreie, zivile Chancen der Deeskalation eingesetzt haben, um diesen Konflikt zu befrieden. Dafür spricht aber die Solidarität mit der Ukraine und auch die Erfahrung 2014 im Donbass und auf der Krim.

Dagegen sprechen die vielen Todesopfer und die Zerstörung des Landes, dass es junge Menschen sind, die in den Armeen kämpfen und täglich sterben. Dagegen spricht auch das Wissen um die jahrzehntelangen Auswirkungen der Traumatisierungen der Menschen

durch den Krieg, die die Ukraine und auch Russland lange Zeit belasten werden.

Dafür spricht, dass es für mich keine Alternative ist, die Ukrainer\*innen, die ihre Unabhängigkeit erkämpft haben, einem russischen Repressionsstaat auszuliefern. Dagegen spricht mein Schmerz mit jeder vergewaltigten Frau, mit jedem Kind, das die Kämpfe erlebt und der Gewalt ausgesetzt ist. Dagegen spricht das Wissen um die sich verselbstständigende Gewaltspirale im Krieg und darum, dass es nicht leichter wird, ihn zu beenden.

Irgendwann muss doch verhandelt werden. Warum dann nicht gleich? Friedensethisch konfrontiert dieser Krieg uns erneut mit den Dilemmata des Einsatzes von Gewalt. Es ist ein bleibender Konflikt zwischen dem Anspruch, die Friedensbotschaft Jesu Christi ernst zu nehmen und daher einerseits einem



bedrohten und angegriffenen Staat beizustehen und andererseits Gewalt zu mindern und die ernsthafte Suche nach Versöhnung und Frieden zu unterstützen.

In mir schreien der Schmerz und die Wut und die Hilflosigkeit. In mir schreit auch der Ärger, dass wir - und damit meine ich nicht nur die Friedensbewegungen, sondern auch die Regierungen der EU - seit 2014, seit den Kämpfen im Donbass und der Annexion der Krim, uns nicht mehr gekümmert haben und es nicht politisch und zivil gelungen ist, die russische Eskalation in diesem Jahr zu verhindern.

### **Welche kurzfristigen Handlungsmöglichkeiten sehen Sie, wie der aktuelle Krieg beendet werden kann?**

Für mich ist das wichtigste Ziel, das Überleben der Menschen in der Ukraine und die Ukraine als souveränen Staat zu erhalten. Eine Reduzierung des Staatsgebietes der Ukraine darf nicht hingenommen werden. Internationaler Druck auf die Regierung Putin, insbesondere aus China, kann dazu beitragen, dass die russische Föderation die Vernichtungsziele gegen die Ukraine aufgibt. Das ist dringend erforderlich. Aber bislang gelingt es nicht, diesen Druck wirksam aufzubauen. Aus Italien liegt ein Vorschlag für eine Beendigung durch Verhandlungen vor, aber aus den USA weht ein ganz anderer Wind. Das heißt, der Westen ringt selber um den besten Weg, die Ukraine zu unterstützen und den Krieg zu beenden.

Auch Papst Franziskus versucht Wege zur Beendigung des Krieges zu finden. Er setzt dabei auf eine jahrhundertealte franziskanische Tradition der Mediation. Gelungen ist es ihm bisher nicht. Für die Ökumene ist die Kriegsbeifürwortung durch die Leitung des Moskauer Patriarchats der orthodoxen Kirche eine Riesenherausforderung.

### **Was braucht es mittelfristig, um wieder einen dauerhaften Frieden in Europa zu erreichen?**

Eine wichtige Aufgabe für die Zukunft ist es, internationale Mechanismen zu entwickeln,

die in der Lage sind, Kriege zu beenden. Aber das wird eine Mammutaufgabe, weil daran viele ungelöste Fragen hängen.

Denn wie soll das neue Recht durchgesetzt werden? Deshalb brauchen wir viel mehr Menschen, die dafür bezahlt werden, wissenschaftlich und praktisch Friedensperspektiven zu entwickeln. Solche Friedensvorbereiter\*innen gehören in alle Regierungen. Zudem muss Europa gesamteuropäisch gedacht werden und sowohl die Ukraine als auch Russland einbeziehen. Deshalb dürfen auch die Kontakte nach Russland nicht abgebrochen werden. Der Gesprächsfaden muss aufrechterhalten werden.

Der Kampf, der hier auch ausgetragen wird, ist der zwischen Demokratie und Autokratie. Putin will keine demokratische Ukraine neben Russland. Das Thema beschäftigt uns auch innerhalb der EU. Die Konflikte mit Ungarn und Polen unter den aktuellen Regierungen drehen sich auch um Demokratie oder Autokratie. Wir müssen unsere Demokratie stärken. Dazu gehört auch, eine friedensorientierte Außenpolitik zu machen. Dazu gehört auch die Bewältigung der Klimakrise mit einer fairen Wirtschaftspolitik und einer konsequenten Umstellung auf erneuerbare Energien.

### **Welche Beiträge erwarten Sie von den Jugendverbänden im BDKJ mit Blick auf den Frieden?**

Jungen Christ\*innen sage ich: Bleibt ein Lernfeld für Demokratie, denn genau das sind katholische Jugendverbände. Bleibt dran am Streit für eine zukunftsorientierte Umweltpolitik. Kümmert euch mehr um Wirtschaftsfragen, da haben wir alle dazuzulernen. Informiert euch und streitet um Positionen - auch wenn es um Krieg und Frieden geht und auch wenn es um die Analyse der Herausforderungen geht, vor die der Krieg gegen die Ukraine uns stellt. Bleibt aktiv dabei, wenn es um die „Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel!“ geht und macht euch stark für den Vorrang für zivil.



**CHRISTINE HOFFMANN**  
Generalsekretärin pax christi.



STANDPUNKT

## Im Gespräch bleiben

*Die Friedensverhandlungen müssen jetzt schon vorbereitet werden*

***Wie stehen Sie zur Lieferung von Waffen und Rüstungsgütern in die Ukraine? Was spricht aus Ihrer Perspektive dafür oder dagegen?***

Die Ukraine wurde am 24. Februar 2022 von Russland auf Befehl Putins völkerrechtswidrig überfallen und damit in einen Krieg verwickelt, der bis heute andauert, unendliches Leid, große Zerstörungen und viele Opfer unter der Zivilbevölkerung, aber auch unter den Soldatinnen und Soldaten beider Armeen, gefordert hat und täglich weiter fordert.

Dieser Krieg ist nicht nur ein Krieg gegen die Ukraine, sondern er ist ein Krieg gegen das Völkerrecht und gegen die europäischen Wertvorstellungen, die auf Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie beruhen und zu denen sich die Ukraine bekannt hat und wegen derer sie nun von Russland überfallen wurde. Er ist damit auch ein Angriff gegen unsere Werte und Haltungen, gegen die Art und Weise, wie wir in Europa, in Deutschland gemeinsam zusammenleben wollen. Wenn gesagt wird, dass die Ukraine auch für uns kämpft, dann ist dies deshalb richtig.



Deshalb sind wir moralisch und zur Stabilisierung unserer eigenen Sicherheit und zur langfristigen Sicherung des friedlichen Zusammenlebens der Menschen in Europa verpflichtet, der Ukraine zu helfen. Hilfe heißt hier: Keine Entsendung von Soldatinnen und Soldaten der Nato, da dies zu einer Ausweitung des Krieges auf die gesamte Nato führen würde und die Gefahr eines Weltkrieges extrem vergrößern würde. Aber notwendig ist alle materielle und argumentative Unterstützung für die Ukraine, die möglich ist.

Im Augenblick sind dies insbesondere Waffenlieferungen, auch schwere Waffen, da die ukrainische Armee nur so fähig ist, im Krieg gegen Russland zu bestehen und sogar die Chance zu haben, einen Zustand zu erkämpfen, in dem ein Verhandeln über eine Lösung des Konflikts auf Augenhöhe und mit der Aussicht auf eine tragbare Lösung für beide Seiten möglich sein wird.

### **Welche kurzfristigen Handlungsmöglichkeiten sehen Sie, wie der aktuelle Krieg beendet werden kann?**

Kurzfristige Handlungsmöglichkeiten zur Beendigung des Krieges sehe ich leider nicht, da die militärische und politische Situation dies derzeit nicht zulässt. Notwendig ist aber, weiterhin alles dafür zu tun, wieder eine Situation herzustellen, die ernsthafte, lösungsorientierte Verhandlungen auf Augenhöhe zulässt.

Bisher gab es eine ganze Reihe von Gesprächsangeboten und Verhandlungsiniciativen verschiedenster Institutionen und Staaten, die aber auf der russischen Seite nicht fruchteten.

Es geht jetzt darum, das Fenster für solche Verhandlungsmöglichkeiten offen zu halten und zugleich deutlich zu machen, dass man die Ukraine nicht allein lassen wird und es keine andere Chance für Russland gibt, als an den Verhandlungstisch zurückzukehren.

### **Was braucht es mittelfristig, um wieder einen dauerhaften Frieden in Europa zu erreichen?**

Das Offenhalten der Gesprächskanäle, die Bereitschaft, als Vermittler zwischen der Ukraine und Russland aufzutreten, und die Erarbeitung von Szenarien, die als Verhandlungsangebote zwischen Russland und der Ukraine dienen können, sind die Aufgaben, an denen auch jetzt, wo eine Verhandlungslösung noch so fern scheint, immer weiter gearbeitet werden muss, damit sie auf dem Tisch liegen, wenn die Zeit reif ist.

Ziel aller militärischer Handlungen der Ukraine muss sein, eine militärische Situation zu erreichen, die solche Verhandlungen auf russischer Seite erzwingt. Dazu ist auch die konsequente und glaubwürdige Unterstützung der Ukraine durch die EU und die Staaten der Nato notwendig, sowohl mit Waffen als auch wirtschaftlich als auch auf dem Gebiet der humanitären Hilfe.

### **Welche Beiträge erwarten Sie von den Jugendverbänden im BDKJ mit Blick auf den Frieden?**

Die Jugendverbände können einen großen Beitrag für den Frieden in der Welt leisten, denn sie bieten den Ort und die Gelegenheit eine Wertehaltung zu entwickeln, gemeinsam um den richtigen Weg zu ringen, zu lernen, dass es Sinn macht und richtig und wichtig ist, sich für andere einzusetzen, sie in ihrem Anderssein zu akzeptieren, Toleranz zu üben und Meinungsverschiedenheiten in einer konstruktiven Weise zu lösen. In einer globalen Welt braucht es Menschen, die bereit sind, global zu denken, Verantwortung zu übernehmen und sich einzusetzen. Die Jugendverbände bieten viele Gelegenheiten, sich darin zu üben. Herzlichen Dank dafür!



**ULRICH SCHÄFFER**  
Bundesvorsitzender  
Gemeinschaft Katholischer Soldaten.



# Die Frage des Friedens

Seit seiner Gründung befasst sich der BDKJ mit friedensethischen Fragen. Angesichts des Krieges in der Ukraine lohnt ein Blick auf die Beschlüsse in der Vergangenheit.

✦ Frieden ist für uns Christ\*innen das Fundament, die grundlegende Bedingung für alle weiteren Schritte. Er entwickelt sich ausgehend von einem Minimum an Sicherheit gemeinsam mit mehr Gerechtigkeit, besseren wirtschaftlichen Bedingungen hin zu besseren Möglichkeiten gelingenden Lebens für alle Menschen. Das ist unser Ideal. Aber leider gibt es in unserer Welt immer wieder unfassbare Rückschläge in der Entwicklung zu mehr Frieden bis hin zu

unfassbaren Ausbrüchen schlimmer Gewalt. Wir Christ\*innen müssen in solchen Situationen nach vorne schauen, wir müssen uns für Frieden, Gerechtigkeit und Versöhnung einsetzen und ein Mehr an Frieden entwickeln.

In den Gründungstagen des BDKJ hatten die jungen Christ\*innen genau diese Situation vor Augen: Das unsagbare Leid der Nazidiktatur und des Zweiten Weltkrieges hatten

---

sie selbst erlebt. Es brauchte eine neue gesellschaftliche und internationale Ordnung. Gleichzeitig war nicht klar, wie sich die Lage Deutschlands und der Welt entwickeln würde.

Anfangs drehten sich die Debatten im BDKJ um die Frage der Legitimität einer Verteidigung mit Streitkräften - genauer um die Frage der Wiederbewaffnung, verbunden mit der Integration Westdeutschlands in die Nato, die Wiedereinführung einer allgemeinen Wehrpflicht („Elmsteiner Erklärung“ 1952). Diese Grundsatzentscheidung zur Aufstellung einer Verteidigungs-Armee warf viele weitere Fragen auf: Angefangen bei der konkreten Ausgestaltung einer Streitkraft, die nur zu Verteidigungszwecken genutzt werden kann bis hin zu Fragen der Integration einer Armee in einer Demokratie: Wie integriert man Soldat\*innen in der Gesellschaft, welche Art der Menschenführung kann verwirklicht werden oder wie ist das Recht auf Kriegsdienstverweigerung auszugestalten?

Die Grenzen des Konzepts legitimer Verteidigung wurden spätestens in den 1980er-Jahren erreicht und im Horizont des Nato-Doppelbeschlusses deutlich in Frage gestellt. Verteidigung basierte im Laufe des Kalten Krieges auf militärischer Abschreckung - in zunehmenden Maße auch mit atomarer Bewaffnung. Ein Rüstungswettlauf, der die Gefahr des Einsatzes von Massenvernichtungswaffen potenzierte, bei dem es nur Verlierer\*innen geben konnte, war moralisch nicht akzeptabel. Die Jugend ging dagegen als Friedensbewegung auf die Straße und der BDKJ suchte alternative friedensethische Ansätze, um Verteidigung und Friedensförderung zusammenzubringen. Mit dem Beschluss „Die Abschreckung überwinden - an einer Zivilisation der Liebe bauen“ (1987) wurde genau die Überwindung der Abschreckungslogik gefordert: bei der Abrüstung in Vorleistung zu gehen, für den Gegner erkennbar defensiv zu bleiben, vertrauensbildende und verhandlungsfördernde Schritte zu gehen.

Parallel zu diesen rein militärischen Entwicklungen wurden im BDKJ seit den 1960er-Jahren viele Themen verfolgt, die aus heutiger Sicht zentrale Elemente jeder Friedenspolitik sind: Fragen von Gerechtigkeit, Partizipation, Austauschprogrammen, wirtschaftlicher Entwicklung, Versöhnungsarbeit, Entwicklung internationaler Organisationen, Hilfe und Unterstützung in Notlagen und vieles mehr. Der Beschluss „Dienste für den Frieden“ (1969) war im BDKJ eine Initialzündung für die starke Entwicklung der Zivil- und Freiwilligendienste und der Gründung der GEPA (1975) für fairen Handel.

All dies wurde seit den 1980er-Jahren in die kirchliche Friedensethik integriert, die sich seitdem auf die Zusammenhänge von „Frieden und Gerechtigkeit“ fokussiert. Alle friedensethischen Beschlüsse seit den 1990er-Jahren entwickeln diesen friedensethischen Ansatz mit einer globalen Perspektive weiter: Es geht darum, Ursachen von Krieg, Terror und Kriminalität zu vermindern („Frieden fördern und gestalten“ 2002), Waffenexporte zu verhindern, Fluchtursachen zu beseitigen, Grundrechte von Menschen überall auf der Welt zu verbessern. Wir wissen um die Bedrohungen des Friedens und auch um die Notwendigkeit, dass zum Schutz und zur Verteidigung manchmal auch militärische Mittel nötig sind.

Der BDKJ hat sich jetzt vorgenommen, seine friedensethischen Beschlüsse zu überprüfen. Sind sie im Grundsatz richtig? Müssen sie ganz allgemein weiterentwickelt oder nur auf die aktuelle Situation angepasst werden? Denn zur Realität friedenspolitischer Arbeit gehört auch, dass in den letzten Jahrzehnten viele Kriege ausgebrochen sind. Und dass Christ\*innen die Friedensethik zwar deutlich weiterentwickelt haben, in ihrer Arbeit aber auch immer wieder zurückgeworfen werden und neu ansetzen müssen. So wie jetzt gerade.



**STEFAN DENGEL**  
ist Referent für Soldat\*innenfragen beim BDKJ-Bundesverband.



„Wenn Frauen sicher sind,  
ist jeder sicher in  
einer Gesellschaft.“

Annalena Baerbock

## Brauchen wir das?

Feministische Außenpolitik wird kontrovers diskutiert. Dabei ist sie dringend nötig. Denn viele Jahrhunderte lang haben wir nur aus der Perspektive von Männern über internationale Konflikte gesprochen.

✔ Mit dem aktuellen Koalitionsvertrag der Ampel-Koalition hat der Begriff *Feminist Foreign Policy* seinen Weg in die offizielle deutsche Politik gefunden. Ziel einer feministischen Außenpolitik sei es, Ressourcen und Repräsentanz von Frauen und Mädchen weltweit zu stärken und gesellschaftliche Diversität zu fördern. Dazu zähle auch, mehr Frauen in internationale Führungspositionen zu entsenden und den Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Resolution 1325 ambitioniert umzusetzen und weiterzuentwickeln.

Soweit die politische Zielsetzung, gegen die ja kaum rationale Argumente vorzubringen sind. Trotzdem wird der Begriff „Feministische Außenpolitik“ in den Medien kontrovers diskutiert und in Teilen vehement abgelehnt. Warum ist das so?

Feministische Außenpolitik ist offensichtlich noch weitreichender. Feminismus setzt sich für eine gleichberechtigte und gerechte Gesellschaft ein, an der alle Menschen gleichermaßen teilhaben können. Denn eine Gesellschaft misst sich daran, wie sie mit marginalisierten Gruppen umgeht und Frauen zählen häufig zu ihnen.



Unsere Außenministerin Annalena Baerbock formulierte es in einer Aktuellen Stunde im Bundestag so: „Wenn Frauen sicher sind, ist jeder sicher in einer Gesellschaft.“

Jahrhundertlang wurde Außenpolitik von Männern geprägt. Die Narrative von internationalen Konflikten waren damit männliche. Dabei wurde häufig ignoriert, dass Kriege nicht nur von Soldaten, die alle auch Mütter und Väter haben, geführt wurden, sondern die Zivilbevölkerung, die eben zur Hälfte aus Frauen besteht, die Auswirkungen spürt und das ziemlich radikal: Sie leiden an Hunger, wenn die Infrastruktur nicht mehr funktioniert, sie leiden an Krankheiten, gegen die es längst Heilmittel gibt, sie erfahren keine Bildung mehr und ihre körperliche Unversehrtheit kann noch weniger gewährleistet werden.

Interessanterweise wird der allmählich größer werdende Protest in Russland gegen den Krieg in der Ukraine vor allem von Frauen angeführt, die Angst um ihre Söhne und Männer haben.

In kaum einem Krieg wird sexuelle Gewalt nicht als Kriegsmittel eingesetzt. Lange wurde diese Form des Krieges international ignoriert, erst 2008 wurde sexuelle Gewalt von den Vereinten Nationen als Verbrechen gegen die Menschlichkeit und als Waffe anerkannt.

Feministische Außenpolitik ist komplex und eng verknüpft mit Sicherheitspolitik. Sie sieht im Frieden nicht nur die Abwesenheit von Krieg. Kristina Lunz, Mitbegründerin des Centre for Feminist Foreign Policy, fordert deshalb, dass für positiven Frieden strukturelle Gewalt einschließlich Armut, Hunger, soziale Ungerechtigkeit und Ungleichheit abgebaut werden müssen. Eine solche Außenpolitik bestehe in diesem Prozess auf Inklusivität und transparenten Entscheidungen. Alle Zivilist\*innen müssen daran beteiligt sein. Frauen sind ein wesentlicher Teil dieser Lösung und müssen ihre Fähigkeiten mit einbringen. Sicherheit kann somit nicht nur militärisch gesehen werden, sondern setzt Gerechtigkeit für Frieden voraus.



#### FRIEDERIKE FRÜCHT

leitet seit September 2022 die Abteilung Kommunikation der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd).



# Es braucht eine Welt

*Die Bewältigung der Klimakrise kann nur als Weltgemeinschaft gelingen. Kriege zerstören dabei das dafür nötige Vertrauen zwischen den Menschen.*



## ANDREAS KRAFT

ist Journalist in Bamberg. Der Klimawandel beschäftigt ihn privat wie beruflich seit vielen Jahren.

📍 In einem kleinen Ort an der Ostsee treffen sich die Außenminister\*innen der sieben größten Industrienationen im Mai 2022. Natürlich sprechen sie viel über Russland und den Krieg in der Ukraine. Aber sie haben auch noch ein anderes Thema auf der Tagesordnung: den Klimawandel. Der, da sind sie am Ende alle einig, immer mehr auch zum Thema der Sicherheitspolitik wird.

Ein Blick auf die Weltkarte der kriegerischen Konflikte zeigt, dass es fast ausschließlich im globalen Süden immer wieder zu Bürgerkriegen kommt, bei denen es auch immer wieder um Ressourcen geht - also um Rohstoffe wie Öl oder seltene Erden, um Lebensraum, um Wasser. Wenn bei stark steigenden Temperaturen ganze Landstriche unbewohnbar werden, werden die Konflikte sicher noch zunehmen.

Um den Anstieg der globalen Temperaturen unter 2 Grad Celsius, oder besser unter 1,5 Grad Celsius zu halten, müssen in den kommenden Jahren nicht nur einzelne Länder oder Kontinente klimaneutral werden, sondern die ganze Welt. Klar ist das schon seit bald 20 Jahren, doch insgesamt steigen die Emissionen weltweit immer weiter an.

Inzwischen ist unsere Welt schon fast 1 Grad wärmer als der Durchschnitt in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Die Folgen sind jetzt schon überall zu spüren: die Dürre in Europa, die Hitzewelle in China, die Hurricanes in den USA. All das verursacht enorme Kosten. Das verlorene Geld, weil Fabriken zeitweise geschlossen oder ganze Städte neu aufgebaut werden müssen, eröffnet aber womöglich neue Verhandlungsspielräume.

---

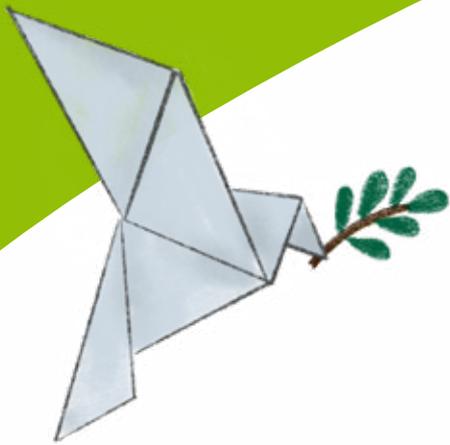
Denn eins ist auch schon seit 20 Jahren klar: Wir als Einzelne können die Klimakrise nicht allein durch unser privates Verhalten ändern. Nur der Staat kann die Wirtschaft so regulieren und ermutigen, dass der Umbau auch gelingen kann. Dafür braucht es aber eine internationale Gemeinschaft, die an einem Strang zieht.

Diese Weltgemeinschaft kann nur in Frieden zueinander finden. Denn der Kampf um die Verteilung der Kosten der Klimapolitik, der seit Jahrzehnten tobt, kann zu keiner Lösung führen. Viele Völker, wie der Inselstaat Palau im Südpazifik, fürchten, dass ihr ganzes Land in den kommenden Jahrzehnten im Meer versinkt. Die Schwellenländer, in denen die Menschen in den vergangenen Jahrzehnten den Schritt aus der Armut geschafft haben, wollen ihren bescheidenen Wohlstand weiter ausbauen. Ihnen zu vermitteln, dass sie auf all das verzichten sollen, was unseren Lebensstandard auszeichnet, wäre zynisch. Und auch bei uns fürchten sich viele Menschen davor, dass die Bekämpfung der Klimakrise ihnen Kosten aufbürdet, die sie kaum tragen können. Die gegenläufigen Interessen sind so stark, dass ein Kompromiss gar nicht gelingen kann. Das haben auch zahlreiche Klimagipfel gezeigt.

Kommen zu diesen grundlegenden Konfliktlagen auf der individuellen Ebene noch internationale und geopolitische Konflikte hinzu, wird der Austausch und die Aussöhnung zwischen den Menschen vollkommen unmöglich. Doch nur wenn wir alle als Bewohner\*innen dieser einen Welt aufeinander zugehen, einander zuhören und uns mit Liebe begegnen, kann ein Geist entstehen, der die Krise bewältigen kann. Zum Frieden gehört dabei immer auch Vertrauen. Vertrauen ist schnell zerstört, wie auch der aktuelle Krieg in der Ukraine zeigt. Es aufzubauen ist dagegen sehr viel schwieriger.

Außenministerin Annalena Baerbock sprach auf Palau mit Betroffenen der Klimakrise: „Hier wird deutlich: Die Klimakrise ist keine Theorie. Die Klimakrise ist bereits Realität.“ >





# Wie man helfen kann

*Friedensprojekte christlicher Träger  
setzen sich vor Ort ein*



## RENOVABIS

Neben zahlreichen anderen Projekten unterstützt die auf Osteuropa spezialisierte Hilfsorganisation aktuell mit mehr als 100.000 Euro auch Hilfsprojekte in der Ukraine, die direkt den Betroffenen des Krieges helfen.

In Odessa, Luzk, Kyiv und Berdyansk richtet die ukrainische Caritas-Spes kleinere Schutzräume ein und stattet sie entsprechend aus. Dafür braucht es etwa Notstromaggregate, Schlafsäcke, Isomatten, Taschenlampen, Ladegeräte und Akkus. Renovabis unterstützt hier beim Einkauf.

In Lviv koordiniert und unterstützt die Katholische Ukrainische Universität (UCU) die Hilfe für die Flüchtlinge. Durch die Stadt führt die wichtigste Fluchtroute in den Westen. Die UCU stellt dabei etwa ihre Wohnheime und die Küche zur Verfügung. Renovabis unterstützt hier etwa mit dem Kauf von WLAN-Routern, Schlafsäcken, Matratzen, Verbandszeug oder Medikamenten.

## AKTION WEST-OST

Seit vielen Jahren organisiert die Aktion West-Ost Austauschprogramme mit der Ukraine. Die Jugendbegegnungen bauen Vorurteile ab, erweitern Perspektiven und sind gelebte Völkerverständigung.

In diesem Sommer haben sie bei einem Fest der Begegnung Kinder und Jugendliche aus der Ukraine in Deutschland willkommen geheißen. Zum Kennenlernen gab es etwa ein deutsch-ukrainisches Quiz, zudem konnten sie sich in Workshops ausprobieren - etwa beim Yoga, Basteln, Kerzen gießen oder Programmieren.

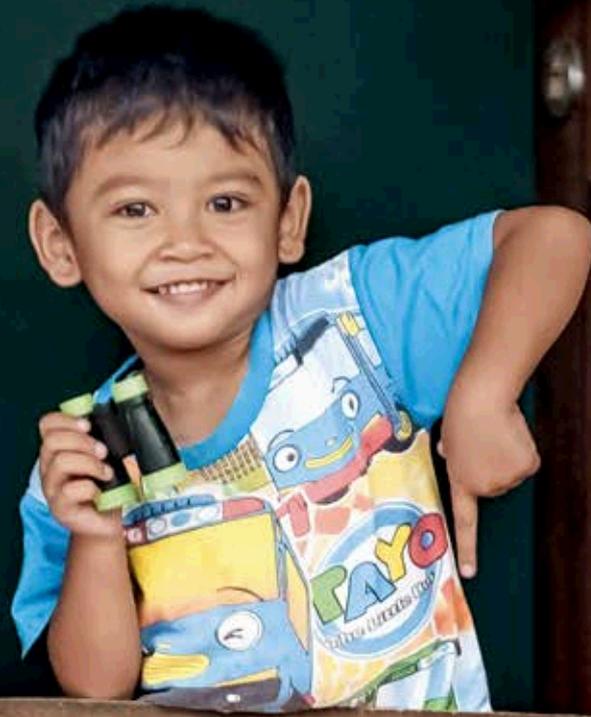


< Bombenheim für die Zivilbevölkerung in einem alten Keller.  
Ukraine März 2022

DE-UA Wochenende  
„Fest der Begegnung“ >







KINDER  
STÄRKEN

KINDER  
SCHÜTZEN



IN INDONESIA  
UND WELTWEIT



AKTION  
DREIKÖNIGSSINGEN  
20 \* C+M+B+23

[www.sternsinger.de](http://www.sternsinger.de)